

**Die Transformation in der ehemaligen DDR
und die soziologische Theorie
der Modernisierung¹**

- Gastvortrag -

Wolfgang Zapf*

92/4

Öffentlicher Vortrag im Rahmen der Fachbeiratssitzung
des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung
in Köln, 23. April 1992

* Prof. Dr. Wolfgang Zapf ist Präsident des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung,
Reichpietschufer 50, 1000 Berlin 30

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
Lothringer Str. 78
D-5000 Köln 1
Federal Republic of Germany

MPIFG Discussion Paper 92/4
ISSN 0933-5668
Juni 1992

| | | | |
|-----------|---------------------------------------|-----------|----------------|
| (RFC822): | mpi@mpi-fg-koeln.mpg.dbp.de | Telephone | 0221 / 33605-0 |
| (X400): | S=mpi;O=mpi-fg-koeln;P=mpg;A=dbp;C=de | Fax | 0221 / 3360555 |
| (PSI): | PSI%4505011006::MPI | | |

Abstract

The first part of this lecture reconstructs, by help of survey data, the development of objective welfare and subjective welfare of the population of the former GDR (East Germany) since 1990. It can be observed how a definite improvement of incomes concurs with a clear deterioration of the public mood, expressed in dissatisfaction, sorrows and fears (I). In explaining this constellation we draw mostly upon East German authors and their analyses. They demonstrate the breakdown of established ways of life and the paradoxical effects of a "belated distance towards the West" and resistance towards a "liberalization by orders". These features, at present, restrict the positive potentials of the new freedom (II). In the third part transition problems are discussed as a special case of modernization problems. The current theoretical debate on modernization is recapitulated (III). In conclusion, some observations about repercussions of the German transition for the former Federal Republic (West Germany) are noted (IV).

* * * * *

Im ersten Teil dieser Vorlesung wird die Entwicklung der objektiven und der subjektiven Wohlfahrt der Bevölkerung in der ehemaligen DDR seit 1990 anhand von Umfragedaten rekonstruiert. Eine klare Verbesserung der Einkommenssituation geht einher mit einer klaren Verschlechterung der Stimmung, d.h. mit zunehmenden Unzufriedenheiten, Sorgen und Ängsten (I). Bei den Erklärungen für diese Konstellation wird im zweiten Teil vor allem auf ostdeutsche Autoren selbst zurückgegriffen. Sie heben den Zusammenbruch gewohnter Lebensweisen sowie die paradoxen Effekte einer "nachholenden Abstandnahme" sowie einer "von oben" eingeführten Liberalisierung hervor, die im Augenblick die positiven Möglichkeiten der neuen Freiheiten noch eindämmen (II). Im dritten Teil werden die Transitionsprobleme als ein besonderer Fall von Modernisierungsproblemen behandelt. Die gegenwärtige theoretische Diskussion um Modernisierung und Moderne wird rekapituliert (III). Abschließend folgen einige Beobachtungen über die Rückwirkungen der Transition in Deutschland auf die alte Bundesrepublik (IV).

Neben der täglichen Medienberichterstattung und der eigenen Erfahrung in beruflichen und privaten Rollen habe ich zwei Quellen, um etwas über die Transformation in der ehemaligen DDR auszumachen: Empirische Studien, insbesondere der Umfrageforschung, an denen wir z.T. selbst beteiligt sind, wie beim Sozioökonomischen Panel (I). Und theoretische Analysen, wobei ich mich besonders für die Beiträge von ostdeutschen Kollegen wegen ihrer besonderen "Ortskenntnis" interessiere (II). Ausgehend von diesen beiden Bestandsaufnahmen möchte ich sodann die Frage vom Frankfurter Soziologentag wieder aufgreifen, inwieweit die soziologische Theorie der Modernisierung die Transformationsprozesse erklären kann und welche Rolle die neueste Modernisierungskritik spielt (III). Nebenher sollten auch noch einige Gesichtspunkte zu der Frage anfallen, inwiefern sich auch die westdeutsche Gesellschaft verändert (IV).

I

Die Zahl der Eheschließungen ist in der DDR 1990 im Vergleich zu 1989 um 22% zurückgegangen, die Zahl der Geburten um 12%. Im Jahre 1991 hat sich dieser Rückgang gegenüber 1990 nochmals dramatisch erhöht: auf schätzungsweise 40% weniger Eheschließungen und Geburten im Vergleich zum Vorjahr.² Diese Zahlen sind alarmierend, und sie scheinen die schwere Krise und Anomie in der ehemaligen DDR massiv zum Ausdruck zu bringen. Niemals hat es in Westdeutschland ähnliche demographische Eruptionen gegeben (abgesehen von dem kuriosen Rückgang der Ehescheidungen im Jahr der Gesetzesreform 1978): Selbst der starke Geburtenrückgang in den 1970er Jahren ist niemals über 9% pro Jahr hinausgegangen. Nur aus Kriegsjahren kennen wir ähnliche Einbrüche wie in der DDR. Aber schließlich hat es 1989 eine echte Revolution in der DDR gegeben, und diese Revolution hatte selbst eine wesentliche demographische Komponente, nämlich die Flucht und dann die Übersiedlung von mehr als einer halben Million Menschen binnen eines Jahres. Wie steht es also mit der Krise und der Anomie in der ehemaligen der DDR, und wie lassen sich die künftigen Entwicklungschancen beurteilen? Wie wir sehen werden und auch von den ostdeutschen Fachkollegen hören, handelt es sich nicht um Chaos (wie in einigen Staaten der GUS und in Jugoslawien) und nicht um den Typ einer Hungerkatastrophe. Es handelt sich auch nicht um die Widersprüche der nachrevolutionären Konsolidierungsversuche wie in Ungarn, der Tschechoslowakei und in Polen. Sondern es handelt sich *um einen schweren Stimmungseinbruch im Gefolge einer schweren Umstellungskrise* mit erheblicher (erzwungener) Mobilität für die Individuen und mit sozial-strukturellen Umbauten für die gesellschaftlichen Institutionen.

Wir haben zwei Umfrageprojekte von ostdeutschen Kollegen. Das eine stammt aus dem (inzwischen abgewickelten) Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften: "Leben DDR '90" und "Leben Ostdeutschland '91" (Januar 1990 bzw. März 1991).³ Bei den Wertorientierungen erhöht sich die Wichtigkeit von sozialer Sicherheit, Arbeit und von Lohnfragen; gleichzeitig steigt in diesen Bereichen die Unzufriedenheit. Ein wesentlicher Befund besteht aber darin, daß nicht alle Entwicklungen in die gleiche Richtung gehen. Wachsende Bedeutung, sinkende Zufriedenheit, aber auch wachsende Handlungsbereitschaft finden sich in den Lebensbereichen Arbeit, Kindererziehung, soziale Sicherheit, Bildung und Löhne. Wachsende Bedeutung, wachsende Zufriedenheit und wachsende Handlungsbereitschaft finden sich im privaten Bereich der Partnerschaft, aber auch im öffentlichen Bereich des Gesundheitswesens und selbst bei Umweltfragen, wo man offenbar sieht, daß sich politisch etwas bewegt. Im Resümee setzen sich die Forscher mit einer Äußerung von Wolfgang Thierse auseinander, der eine "irrsinnige Enttäuschung, Lähmung und Resignation" behauptet. Statt dessen, so sagen sie, "sollte man eher von konfliktreicher Anpassung, hoher Handlungsbereitschaft und realistischen Zukunftserwartungen sprechen".⁴

Das zweite Projekt wird von dem aus der Akademie für Gesellschaftswissenschaften der SED hervorgegangenen ISDA-Institut durchgeführt ("Sozialstruktur und Lebensqualität") und beruht auf Erhebungen vom Mai und Oktober 1990 sowie vom Oktober 1991.⁵ Im Zusammenhang mit den im Osten laufenden Konsumwellen, insbesondere dem "Motorisierungsschub" von 50% auf 70% der Haushalte, konstatieren die Forscher "einen beträchtlichen Wohlstandsgewinn, einen Zuwachs an Lebensqualität". Die Zustimmung "zur politischen Entwicklung im geeinten Deutschland" beträgt noch 67%, ist aber sichtbar (von 79%) zurückgegangen; 35% fühlen sich "von wichtigen Dingen ausgeschlossen" oder gar "ausgeliefert". In sozial-struktureller Hinsicht werden umfangreiche Mobilitätsprozesse quantifiziert: Ein Drittel Abstiege, ein Drittel Aufstiege, in ähnlichen Größenordnungen Verschlechterungen und Verbesserungen beim Einkommen, insgesamt eine größere Individualisierung sozial-kultureller Milieus. Und 40% halten - so hören wir - den Sozialismus für eine wichtige oppositionelle Idee, immerhin 20% glauben, daß er eines Tages in verbesserter Form wiederkommt. Also auch hier - wenn ich diese Studie einmal als PDS-nah qualifizieren darf - ein Problem-, aber kein Katastrophenszenario.

Selber kontrollieren kann ich die Ergebnisse, die mit dem Sozioökonomischen Panel für Mai 1990 und März 1991 erzielt wurden und die Übergänge (Transformationsprozesse) bei identischen Personen erfassen. Insgesamt finden wir eine unerwartete Kombination von Trends, die mich im Endergebnis von

dem schweren Stimmungseinbruch und der Umstellungskrise im Osten sprechen lassen.

1. Die Einkommenssituation der meisten Haushalte hat sich deutlich verbessert.
2. Dies ergibt sich bei massenhaften Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, die sich aus Mobilitätsprozessen und aus Arbeitslosigkeit/Kurzarbeit zusammensetzen.
3. Resultat ist eine weitere Verschlechterung der Zufriedenheit (die schon 1990 deutlich unter der westdeutschen lag) sowie ein starkes Anwachsen von Ängsten und Sorgen.
4. Nicht unbeeinflusst, aber mehrheitlich positiv bleibt Zuversicht in die zukünftige Entwicklung.

Der reale Einkommenszuwachs (also preisbereinigt) beträgt im großen Durchschnitt 12%, für 1 Million Haushaltsmitglieder von Übersiedlern und Pendlern über 40%, für den Rest 10% - wodurch sich der Abstand zum Westen leicht verringert. Gegen manche Prognosen - auch meine eigenen - ist ein massives Anwachsen der Einkommensungleichheit bisher noch nicht festzustellen. Dies liegt daran - und das ist ein wesentlicher Modernisierungseffekt -, daß die sekundäre, d.h. die staatliche Einkommensverteilung in der ehemaligen DDR rasch gegriffen hat, und zwar erstens durch größere Unterschiede in den Steuersätzen und zweitens durch die Sozialleistungen bei Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. So kommt es, daß die Schmerzgrenze in ostdeutschen Haushalten erst bei Arbeitslosigkeit von zwei Personen (z.B. beiden Ehepartnern) erreicht wird (Einkommensveränderung minus 15%), während ein Fall von Arbeitslosigkeit noch nicht zu wesentlichen Einkommenseinbußen führt.⁶ Zu dem naheliegenden Einwand, daß die Panelergebnisse vom März 1991 die Mietsteigerungen nicht wiedergeben, ist zu sagen, daß Modellrechnungen des Ifo-Instituts vom Oktober 1991 unter Einbeziehung der Mietsteigerungen den eindeutigen Kaufkraftanstieg bestätigen.⁷ Was bleibt, ist die Kluft zum Westen: die Durchschnittseinkommen liegen bei nur 60% der Westeinkommen, die Durchschnittsrenten (trotz Verdoppelung seit der Währungsunion!) bei 57% der Westrenten.

Die enorme Mobilität auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt ergibt sich erstens aus der starken Zunahme von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit (plus Vorruhestand, Weiterbildung usw.), zweitens aus den Verschiebungen zwischen den Berufsstatus-Kategorien. In Ostdeutschland haben nur zwei Berufskategorien

zugenommen: einfache Angestellte und Selbständige. Alle höheren Angestellten und Arbeiterkategorien sind z.T. deutlich zurückgegangen. Ich schätze, daß die Hälfte der Ostdeutschen 1990/91 die Beschäftigung gewechselt oder verloren hat (gegenüber ca. 20% in Westdeutschland). Bei den einfachen Angestellten ist der Zuwachs der Frauen übrigens genauso groß wie der der Männer.⁸ Ich vermute, daß sich auch längerfristig die Arbeitslosigkeit von Frauen nicht wesentlich über die von Männern erhöhen wird, d.h., daß vor allem Frauen das Reservoir für Tertiarisierungsprozesse sind und daß die ostdeutsche Frauenerwerbsquote über der westdeutschen bleiben wird.

Trotz der realen Einkommensverbesserungen ist die Einkommenszufriedenheit und die Zufriedenheit mit dem Lebensstandard von 1990 auf 1991 deutlich zurückgegangen (von 5.5 auf 4.7 bzw. von 6.3 auf 5.8 Punkte auf einer Skala von 0-10 Punkten) und bewegt sich im Bereich schwieriger Problemgruppen Westdeutschlands. Dabei wird mit den Zufriedenheitsfragen durchaus differenziert umgegangen: Die Zufriedenheit mit dem Warenangebot und selbst die mit der Umwelt haben sich verbessert. Wir können zeigen, daß die Einbrüche eindeutig mit den drastisch verschlechterten Erwartungen ("neue Stelle zu finden wäre schwierig/unmöglich", "Arbeitsplatzverlust ist wahrscheinlich/sicher") und gestiegenen Sorgen um "die allgemeine wirtschaftliche Situation", die "eigene wirtschaftliche Situation" und die "Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes" zusammenhängen. Diese Sorgen korrelieren stark mit den Ereignissen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit und sind von der Einkommenshöhe nur in geringem Maße abhängig. Ich vermute auch, daß als Bezugsgruppen für die Wohlfahrtsbewertung zunehmend westdeutsche Beschäftigte gewählt werden und immer weniger ostdeutsche oder gar andere osteuropäische Vergleichsgruppen.

Von diesem dramatischen Stimmungseinbruch trotz objektiver Verbesserungen der Lebensverhältnisse ist die längerfristige Einschätzung der Entwicklung nicht wesentlich betroffen. Diese messen wir mit der "in fünf Jahren erwarteten Lebenszufriedenheit" und mit einer expliziten Frage nach der "Zuversicht gegenüber der Zukunft". Zwar zeigen die Panelergebnisse 1990/91 auch in diesen beiden Dimensionen leichte Einbußen. Aber die große Mehrheit der Ostdeutschen erwartet für sich in fünf Jahren Lebensumstände, die mit den heutigen in Westdeutschland vergleichbar sind; und immer noch eine Mehrheit sieht der Zukunft "eigentlich recht zuversichtlich" entgegen.

II

Wie kann man dieses Syndrom - diese Diskrepanz von objektiver und subjektiver Wohlfahrt - erklären, und wie stimmt es mit den Prognosen aus der Zeit der deutschen Vereinigung überein? Die Sozialwissenschaftler haben jedenfalls die Versprechungen der Politiker nicht geteilt, in kurzer Zeit einen selbstlaufenden Aufschwung zu erreichen.⁹ Alle uns bekannten Modernisierungsprozesse erfordern zunächst einschneidende Umstellungen. Soziale Mobilisierung hat hohe Transaktionskosten, die nur dann bereitwillig aufgebracht werden, wenn prinzipiell die Zukunftsaussichten als positiv angesehen werden. Dies scheint in der ehemaligen DDR noch der Fall zu sein. Albert Hirschmans Tunneleffekt wirkt offenbar in der Weise, daß die beim Gegenüber beobachtbaren positiven Veränderungen die eigenen längerfristigen Zukunftserwartungen positiv verstärken.¹⁰ Unsere Panelergebnisse deuten darauf hin, daß Belastungen (z.B. Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit) häufig innerhalb des Haushalts abgefedert werden, weil andere Haushaltsmitglieder positive Erfahrungen machen und weil sich die Kumulation von Problemlagen offenbar in Grenzen hält. Wie kommt es dennoch zum gegenwärtigen Stimmungseinbruch in Ostdeutschland, der vom Westen nicht selten als Immobilismus und "Undankbarkeit" interpretiert wird?

In vergleichender Perspektive stellen sich für die ehemalige DDR zwar die gleichen Grundprobleme wie für die anderen postkommunistischen Gesellschaften - der gleichzeitige und rasche Übergang sowohl von der Diktatur zur Demokratie als auch vom Sozialismus zum Kapitalismus -, aber die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen sind doch deutlich verschieden. An positiven Voraussetzungen fehlen die langjährige Erfahrung des Widerstands und der Herausbildung von Gegeneliten, wie wir sie etwa in Ungarn und Polen finden. Die Abwanderung von Führungsgruppen und Mittelschichten in die Bundesrepublik bis 1961 hat mit zu der relativ undifferenzierten, "grauen" Arbeitsgesellschaft der DDR beigetragen. Andererseits gibt es in Ostdeutschland keine Nationalitätenprobleme und territorialen Fragen, mit denen andere postkommunistische Staaten so schwer belastet sind. Gemeinsam ist allen diesen Staaten, daß sie gleichzeitig den Weg zur Demokratie und zur Marktwirtschaft gehen wollen und daß sich die Schwierigkeiten beider Wege gegenseitig verstärken können.¹¹ Einmalig an der Situation der ehemaligen DDR ist der von ihren Bürgern durch Exit und Voice, 1990 in vier Wahlen, zum Ausdruck gebrachte Willen, das Institutionensystem der Bundesrepublik per Beitritt komplett zu übernehmen.

Einige Gründe und Konsequenzen dieser Entwicklungen finden sich in Analysen ostdeutscher Sozialwissenschaftler. Zahlreicher sind dabei Erklärungen

der gegenwärtigen Transformationsprobleme als der Aufweis von Lösungsmöglichkeiten, aber auch solche finden sich.

1. Vierzig Jahre Diktatur und "vormundschaftlicher Staat" (Henrich) haben zu "lebensweltlichen Hypotheken" einer tiefgreifenden "Entsubjektivierung" geführt, worunter M. Thomas in sehr anschaulichen Begriffen die "Verohnmächtigung" von Individuen und Gruppen, die "Enteignung der Werktätigen", die "Entmachtung der Arbeiterklasse", die "Sicher- und Stillstellung" der Massen versteht.¹² Es geht hier also auf der Handlungsebene um tiefgreifende Habitusprägungen, denen auf der sozialstrukturellen Ebene die Defizite an Interessenorganisationen und intermediären Gruppen entsprechen (Kühnel/ Sallmon).¹³ Es geht um eine Artikulations- und Organisationsunfähigkeit "spezifischer individueller und kollektiver Interessen", auch einer "selbstinduzierten ökonomischen Entwicklung" (Th. Hanf).¹⁴ D. Pollack spricht von einer "umfassenden Lähmung", vom Mangel an Risikoübernahme und vom Mangel an Erfahrung der Leistungskraft moderner Gesellschaften.¹⁵ Auch wird in der "Differenz zwischen Offiziellem und Inoffiziell" (Pollack), in den Ersatzmechanismen von "Beschaffungsnetzwerken und kulturellen Nischen" (Th. Hanf) ein Hindernis für die Transformation gesehen. Machtpositionen, die sich Beschäftigte in der inoffiziellen Wirtschaft aufgebaut hatten, sind zerfallen. Sicherheiten der "Arbeitsgesellschaft" DDR (F. Adler) werden erschüttert, wenn die Zentralität von Arbeit nicht mehr gewährleistet ist.¹⁶

2. Die Art und Weise der deutschen Vereinigung selber gilt als eine wesentliche Quelle der Probleme. P. Pawlowsky und M. Schlese¹⁷ sprechen von einem "Transformationsdilemma", das darin besteht, daß der Zusammenbruch der DDR den Neuaufbau nicht von innen induziert hat, sondern von außen - und wiederum von oben - notwendig macht. Hierauf reagieren die Bürger der ehemaligen DDR mit "Mentalitätsverfestigung", "Verfolgung von Selbstschutzinteressen" und Ausgrenzungskonflikten. An anderer Stelle spricht M. Schlese von "nachholender Abstandnahme", d.h. von einer nachträglichen Betonung der Differenz zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen, die zur Identitätssicherung gebraucht wird.¹⁸ In Ostdeutschland ist die Transformation ein Transfer fertiger Institutionen, die aber bereits im Prozeß ihrer Übertragung ihre Wirksamkeit beweisen müssen, was die Implementationsprobleme verschärft. Marktwirtschaftliche Mechanismen sollen wirksam werden, aber sie werden staatlich (von der Treuhand) in Gang gesetzt. Rechtsstaatliche Prinzipien sollen gelten, aber die Vergangenheit der DDR kann nicht einfach unter bundesrepublikanisches Recht gestellt werden. Die Gefahr ist eine "Subkulturierung" Ostdeutschlands, eine Verfestigung der Ost-West-Differenz, die Entstehung einer "entbürgerlichten", z.B. bürokratischen Versorgungsklas-

sengesellschaft im Osten, die nur durch Dauersubventionen ruhig gehalten werden kann.

3. Neben diesen Defiziten, Lähmungen und Dilemmata werden jedoch auch eine Reihe von Aktiva angeführt, die zur Bewältigung der Transformationsprobleme beitragen können. Th. Gensicke argumentiert unter dem Titel "Vom Pessimismus zum Optimismus"¹⁹, daß auf der Folie jahrelanger Unzufriedenheit und Perspektivlosigkeit die Euphorie der Wendezeit nur von kurzer Dauer war und "alte Orientierungen - Privatismus, Sicherheitsstreben und Autoritarismus ..." wiederbelebt hat. Dahinter aber liegen nach Auffassung des Autors "langfristige mentale Prägungen", die sich als durchaus positiv für den Transformationsprozeß herausstellen könnten, nämlich eine "ostdeutsche Mentalität des Maßhaltens und einer gewissen Selbstkontrolle" einerseits sowie eine aus dem inoffiziellen Alltagsbereich stammende "Ungezwungenheit des Lebens" andererseits. Desgleichen bietet die ungebrochene Zentralität der Arbeit gute Voraussetzungen für einen Schub der Leistungsmotivation (Schramm/ Schlese)²⁰, nachdem jetzt die Entfaltungsmöglichkeiten der Subjektivität gestiegen sind (Th. Hanf). Zur Auflösung des Transferparadoxes und Transformationsdilemmas sieht M. Schlese Ansatzpunkte in einer "Verzeitlichung" und "Regionalisierung", d.h. in der zeitlichen Streckung und räumlichen Stückelung von Ansprüchen, Forderungen und Belastungen. Über die Zeit wären verstetigte, kleine, sich verstärkende Erfolge gegenüber Großprogrammen mit ungewissem Ausgang vorzuziehen. In räumlicher Betrachtung wären regionale Ungleichgewichte hinzunehmen, insoweit regionale Erfolge positive Ausstrahlungseffekte (im Sinne der "linkages" der Entwicklungsökonomie) mit sich bringen. Insgesamt also Problembearbeitung durch Problemzerteilung.

Unsere bisherigen Analysen beziehen sich auf die breite Bevölkerung, auf "das Volk", das den Doppelmechanismus von Exit und Voice bis zur Wende in der Wende (dem Sieg der bürgerlichen Parteien in der Volkskammerwahl und der dann unaufhaltsamen Beitrittsforderung) in Gang gehalten hat. Die DDR ist mit Recht eine Gesellschaft der kleinen Leute genannt worden. Deren Verhaltensweisen und Werteinstellungen kann man auch in der Transformation mit den Methoden der Umfrageforschung auf der Spur bleiben. Mit den Eliten geht das nicht. Das Schicksal der alten Politeliten ist, soweit ich sehe, bisher nur mit journalistischen Methoden verfolgt worden. Systematische Kenntnisse über Nachpositionen, Säuberungen (von Verwaltung, Justiz), Überprüfungen und Übernahmen (Polizei, Bundeswehr) kenne ich nicht, obwohl dies ein idealer Ansatz für eine auch vergleichende Transformationsforschung wäre. Zahlreiche ostdeutsche Intellektuelle, wie sie z.B. W. Engler wegen "ihrer Legenden" kritisiert²¹, fallen als diejenigen auf, die Beitritt und

Wiedervereinigung nicht gewollt haben und die das Volk im Namen einer "Kulturgesellschaft" vor dem westdeutschen Kapitalismus und Materialismus bewahren möchten. Sie gehören eindeutig zu den Verlierern der Transformation.

Über die neuen Eliten gibt es zumindest Fallstudien, so aus meiner eigenen Forschungsgruppe. Unter dem Titel "Hoffnungsträger Ost"²² werden dort die Mitglieder der neuen Führungsgruppen als Personen beschrieben, die in ihren Positionen konkrete Entwicklungserfolge erkennen und selbst erreichen können: die also unter anderem jene Verzeitlichung und Regionalisierung umsetzen, von der oben die Rede war. Ihnen stellt sich das Transferparadox als die konkrete Doppelbelastung, Institutionen, die Probleme lösen sollen, erst noch aufzubauen, während die Problemlösung (z.B. eine Betriebsansiedlung) schon erfolgen muß. Und sie erfahren den Transfer als eine neue Art von Bürokratie, die zwar diesmal prinzipiell durchschaubar, praktisch aber unübersehbar ist.

III

Wie steht es angesichts der Mühen der deutschen und anderer Transformationsprozesse mit der Behauptung, die Modernisierungstheorie sei in besonderem Maße geeignet, die gegenwärtigen Entwicklungsprobleme zu verstehen und über den künftigen Entwicklungspfad etwas Substantielles auszusagen? Ich habe das ja auf dem Frankfurter Soziologentag behauptet.²³

Die Kerngedanken der Modernisierungstheorie bestehen darin, auf der mittleren Abstraktionsebene von Ländernamen und Jahreszahlen, die Entwicklung von Gesellschaften seit den großen Revolutionen der letzten drei Jahrhunderte (der amerikanischen, der französischen, der "industriellen" Revolution) zu beschreiben und streckenweise zu erklären. Hierbei wird zunächst der Vorsprung einzelner Gesellschaften erklärt und sodann die Versuche anderer Gesellschaften, diesen Vorsprung aufzuholen. Strukturell-funktionale, differenzierungstheoretische und evolutionstheoretische Überlegungen bezeichnen die Institutionen, die bestimmten Gesellschaften für die Lösung ihrer inneren und äußeren Anpassungsprobleme und für die eigene Weiterentwicklung eine Überlegenheit (K. O. Hondrich: "Dominanz") gegenüber anderen Gesellschaften mit ihren weniger leistungsfähigen Institutionen verleihen. Institutionell ausgedrückt, kann man mit Parsons von "evolutionären Universalien" sprechen, z.B. der Konkurrenzdemokratie, der Marktwirtschaft und der Wohlstandsgesellschaft mit Massenkonsum und Wohlfahrtsstaat. Prozessual ausgedrückt, ging es zunächst um Alphabetisierung, Urbanisierung und Industriali-

sierung, dann um Take-off, Wachstum und Massenwohlstand, um Staaten- und Nationenbildung, politische Partizipation und wohlfahrtsstaatliche Umverteilung und heute um wissenschaftlich-technischen Fortschritt und ökologische Konservierung. Die handlungstheoretische Perspektive kommt ins Spiel, wenn Modernisierung an die psychische und soziale Mobilisierung von Individuen und Organisationen geknüpft wird, insbesondere an Innovationen, die von individuellen und kollektiven Akteuren gegen Widerstände durchgesetzt werden. Die Modernisierungstheorie hat vorausgesagt, daß moderne Demokratien und Marktwirtschaften anderen Systemen überlegen sind (am eindrucksvollsten T. Parsons), und sie ist darin bestätigt worden. Daraus muß man nicht ableiten, daß moderne Gesellschaften quasi automatisch auch ihre gegenwärtigen und künftigen Probleme lösen werden, schon gar nicht ein "Ende der Geschichte", aber gegenwärtig gibt es kein konkurrenzfähiges Entwicklungsmodell neben modernen Gesellschaften.

Die Modernisierungstheorie könnte man als angewandte Theorie bezeichnen, die Theoriestücke aus verschiedenen Paradigmen in raumzeitlichen Zusammenhang bringt, um z.B. den Übergang von traditionellen zu sich entwickelnden Gesellschaften zu erklären, die Chancen und Belastungen von Take-off und Mobilisierung, die Dynamik von ökonomischen und politischen Boomperioden und Krisen und jetzt auch den Zusammenbruch sozialistischer Regimes. Die allgemeinen sozialtheoretischen Paradigmen sind in diesem Sinne keine Konkurrenten der Modernisierungstheorie, sondern Quellen und Ideengeber.²⁴ Konkurrenten sind oder waren vielmehr die diversen Varianten des Marxismus: von der Stamokaptheorie über die Dependencia bis zur Spätkapitalismus- und Legitimationskrisendoktrin. Konkurrenten sind des weiteren die Stagnationstheorien aller Art: von der Regierungsüberlastung über die Grenzen des Wachstums bis zum ökologischen Niedergang. Während nun die marxistischen Theorien der Planwirtschaft und Gesellschaftslenkung derzeit ausgeschieden sind, werden die Stagnationstheorien weiterhin angeboten. Weltpolitisch erscheint jedoch der islamische Fundamentalismus als der auffälligste Konkurrent moderner Gesellschaften: Eine Lehre vom Gottesstaat auf Erden, der die Prinzipien der bürgerlichen Freiheiten, der Gewaltenteilung und Individualisierung aufheben will und den Massen nicht etwa eine erfolgreichere Entwicklung verspricht, sondern ihre Beteiligung an der ökonomischen und politischen Entwicklung selber ablehnt.²⁵

Transformation und Transition sind Modernisierungsprozesse, die sich von den offenen Modernisierungsprozessen evolutionärer Innovation dadurch auszeichnen, *daß das Ziel bekannt ist*: die Übernahme, Errichtung, Inkorporation von modernen demokratischen, marktwirtschaftlichen, rechtsstaatlichen Institutionen. Während die modernen Gesellschaften selbst nicht wissen, wie

sie z.B. die Probleme des Ozonlochs und die Gefahren der Gentechnologie bewältigen sollen, sondern allenfalls wissen, wie sie suchen können, ist es in den Transitionsgesellschaften durchaus klar, welche ökologischen Mißstände abgestellt und welche Sicherheitsmaßnahmen ergriffen werden müssen, um mittelfristig westliche Standards zu erreichen. Insofern sind Transformation und Transition "nachholende Modernisierung".²⁶ In dreifacher Hinsicht ist dieser Begriff jedoch auch irreführend. Zunächst ist der Großteil von Modernisierungsprozessen immer schon "nachholend", weil es sich um die (vielleicht erfolglose) Imitation von Innovationen handelt. Des weiteren ist eine der zentralen Lehren aus der fehlgeschlagenen Modernisierungspolitik der 1960er Jahre, daß einfache Imitation in der Regel nicht genügt, sondern daß Selbsterfindung und Nacherfindung von Institutionen und Verhaltensweisen, die Zeit brauchen, unabdingbar sind. Und schließlich kennen wir den schon von Veblen sogenannten "Vorteil der Rückständigkeit", der es nachholenden Akteuren unter bestimmten Voraussetzungen gestattet, nicht nur aufzuholen, sondern zu überholen, wie dies aus der Dynamik von Produktzyklen, von technologischen Entwicklungspfaden, von Branchen und selbst von Nationen bekannt ist. Dies können wir uns derzeit bei den östlichen Transitionsgesellschaften überhaupt nicht vorstellen, aber der Aufstieg Westdeutschlands und Japans war 1945 auch überhaupt nicht vorstellbar.

Die westliche Kritik an der Modernisierungstheorie operiert mit dem Schema von Selbstüberlastung, Wachstumsgrenzen und selbstzerstörerischer Rückkopplung. Ich will dies an Ulrich Becks Begriffen der "Risikogesellschaft" und der "reflexiven Modernisierung" erläutern.²⁷ Moderne Gesellschaften sind danach Risikogesellschaften in einem doppelten Sinn. In positivem Sinn sind sie nicht mehr blind Katastrophen ausgeliefert, weil sie gegen viele gesellschaftliche Risiken Vorkehrungen treffen können. Im negativen Sinn produzieren sie neue Risiken einer solchen Art, daß es dagegen keine Versicherung mehr gibt, daß Fortschritt Selbstvernichtung wird und weitere Modernisierung die Modernisierung untergräbt. In einem ähnlichen Teufelskreis untergräbt die zunehmende Individualisierung die bestehende institutionelle Infrastruktur von "Klasse, Schicht, Beruf, Geschlechtsrollen, Betrieb, Branchenstruktur und eben gerade auch die Voraussetzungen und Verlaufsformen des naturwüchsigen technisch-ökonomischen Fortschritts". Nur die politische Mobilisierung von Widerstand, nur die demokratische Subversion, nur eine neue Bewußtwerdung und eine neue Politik kann in dieser Gefahrenlage die "Gegengifte" liefern, um aus der industriegesellschaftlichen in eine ökologische Moderne zu gelangen. Im Grunde ist dies eine modernisierte Variante der Spätkapitalismuskritik, wobei die ökologische Krise jetzt die Rolle einnimmt, die seinerzeit die Legitimationskrise eingenommen hat. Die Großtechnologie der Großindustrie spielt jetzt die Rolle, die früher das Großkapital gespielt

hat. Die Becksche Theorie ist die prominenteste der überlebenden Theorien eines "Dritten Weges" jenseits von Sozialismus und Kapitalismus.

Auch prononcierte frühere Vertreter der marxistischen Theorie argumentieren inzwischen mit einer "Dialektik der Moderne". Auf der einen Seite wird selbstkritisch eingeräumt, daß die sozialistische Theorie die Reformfähigkeit und Innovationskraft im Kapitalismus unterschätzt und zum eigenen Schaden im eigenen System nicht eingesetzt hat. Auf der anderen Seite wird die "Differenz zwischen kapitalistischer und moderner Gesellschaft" herausgestellt (H. P. Krüger)²⁸ und eine "doppelte Modernisierung im Osten" (D. Klein) konzipiert²⁹. Damit ist eine Entwicklung gemeint, die sowohl dem Osten die Errungenschaften von Demokratie und Marktwirtschaft beschert, als auch Ost und West gemeinsam jene Änderungen, die es den "modernen bürgerlichen Gesellschaften" ermöglichen würden, zur "Überlebensfähigkeit" und zu einem "lebenswerten Zukunftsmodell für die ganze Menschheit" zu werden. Die spätmarxistischen Theoretiker machen sich zum Anwalt der "ganzen Menschheit", "einer bisher unbekanntem zivilisationsbewahrenden Moderne", einer Bewältigung der "Globalgefahren", eines "neuen organischen Wachstums". An die Stelle früherer Ableitungslogik ist nun ein weltumspannender moralischer Rigorismus getreten, der angesichts des gesammelten Elends in der ganzen Welt die modernen Gesellschaften der Selbstabschließung anklagt. "Der Erfolg der modernen bürgerlichen Gesellschaft ist der Erfolg einer metropolen Moderne zu Lasten der Dritten Welt, zu Lasten der heutigen Natur und der künftigen noch ungeborenen Generationen, gedrittelt durch das Schicksal derer im sozialen Abseits, problembeladen durch die patriarchalischen Strukturen im Verhältnis der Geschlechter und keineswegs schon befreit von den Gefahren massenmörderischer Kriege"³⁰ - diese Bilanz von D. Klein faßt die Position zahlreicher Linksintellektueller prägnant zusammen, wobei im Unterschied zur ehemaligen ML-Doktrin 1) die Produktivkraft moderner Gesellschaften zugestanden wird, 2) das Ausbeutungsargument durch ein Ausgrenzungsargument ersetzt und 3) die schwache eigene Position durchaus gesehen wird ("der Verdacht ... (über) Globalprobleme hinterrücks doch noch ... das alte linke Revolutionskonzept in die Geschichte hineinmögeln zu wollen"). Wie allen anderen Konkurrenten der Modernisierungstheorie fehlt auch dieser "Weltarmuts-Position" jede Vorstellung von institutionellen Alternativen zur Bewältigung der dramatisch beschriebenen Probleme. An die Vereinigten Staaten, Japan und zumal Westeuropa wird appelliert, ihre weltweite Verantwortung zu übernehmen, und neue soziale Bewegungen und kritische Minderheiten sollen für den notwendigen Druck sorgen.

Nach meiner Einschätzung läßt sich der gegenwärtige Stand der Diskussion um die Modernisierungstheorie in den folgenden Punkten zusammenfassen:

1. Die Transformationsgesellschaften wählen die modernen westlichen Gesellschaften und ihre Basisinstitutionen als einziges Modell. Es gibt zwar Unterschiede in wichtigen Einzelaspekten (z.B. Präsidialsystem versus parlamentarische Regierung, diverse Wege der Privatisierung), aber keine grundlegende Alternative. Dabei ist nicht ausgeschlossen, daß sich "Vorteile der Rückständigkeit" herausstellen werden, z.B. die Umformung von informellen Sektoren oder die frischere Leistungsmotivation. Die Vielfalt institutioneller Lösungen wird jedenfalls nicht geringer, sondern größer werden.

2. Die Schwierigkeiten und Konflikte der Transformation sind kein Einwand gegen die Modernisierungstheorie. Diese Schwierigkeiten waren vorauszusehen und wurden vorausgesagt (von einigen naiven Projekten der 1960er Jahre und einigen ganz unsoziologischen ökonomischen Modellvorstellungen jüngst einmal abgesehen). Die spanische Transformation z.B. hat 10 Jahre gedauert und mußte eine Arbeitslosigkeit von fast 30% bewältigen. Die Modernisierungsgeschichte insgesamt ist immer auch eine Geschichte der Entwurzelung und der Leiden des Übergangs. Innovationen sind im geglückten Fall "schöpferische Zerstörung", das zerstörerische Element kann man ihnen nicht nehmen.

3. Modernisierung ist nicht einfach "Westernization", nachdem es erfolgreiche Modernisierungsprozesse in Ost- und Südostasien gegeben hat. Der entscheidende Unterschied zum Westen liegt dort in der umgekehrten zeitlichen Abfolge: erst ökonomische, dann politische und zuletzt gesellschaftlich-kulturelle Modernisierung. Imitation und Diffusion vom Westen haben dabei permanent eine Rolle gespielt, und die Schocks durch Kriegsniederlagen und Besatzung sind die konkreten Formen der "schöpferischen Zerstörung" gewesen. Es gibt also wie in der Vergangenheit, so auch in der Gegenwart, bei gleichem Ziel mehrere Wege zur Moderne (Tominaga),³¹ und der Weg der heutigen Transformationsgesellschaften wird nicht mit früheren Wegen einfach identisch sein.

4. Die "Zwiespältigkeit" der Moderne (U. Schimank) wird anerkannt.³² Die Mechanismen der Inklusion, Wertegeneralisierung, Differenzierung und Statusanhebung bezeichnen die generelle Richtung der Problembearbeitung, enthalten aber keine Erfolgsgarantie. So hat es immer wieder schwerwiegende Exklusionsprozesse, Ideologisierungen, Regressionen und Statusverluste gegeben, und kann es sie wieder geben. Die "Reflexivität" der Modernisierung (U. Beck) wird anerkannt, in der realen Entwicklung und auf der theoretischen Ebene. Die modernen Gesellschaften sind keine durchgeplanten und keine zentralgesteuerten Gesellschaften. Die ungeplanten Modernisierungsfolgen können durchaus krisenhaftes Ausmaß annehmen. Die entscheidende

Frage ist, ob die unbeabsichtigten Folgen und neuen Probleme irgendwo besser als in den Basisinstitutionen der Konkurrenzdemokratie, der Marktwirtschaft und der Wohlstandsgesellschaft bearbeitet werden können und ob es ernsthafte Alternativen zu diesen Basisinstitutionen gibt.

5. In keiner Kritik der Modernisierungstheorie und der modernen Gesellschaften sind bisher überzeugende Alternativen vorgeschlagen worden. Am häufigsten werden die neuen sozialen Bewegungen als Hoffnungsträger angeführt. Sie sind in meiner Einschätzung soziale Innovationen, die voll mit Konkurrenzdemokratie und Marktwirtschaft, speziell unter dem Modell des "politischen Unternehmers", kompatibel sind. Das gleiche gilt für Veränderungen in der Arbeitsorganisation, den Familienformen oder in den Geschlechterverhältnissen. Die sozial-strukturellen Veränderungen, um die in modernen Gesellschaften gekämpft wird, beinhalten genau Inklusion, Wertegeneralisierung, weitere Differenzierung und Statusanhebung für weitere gesellschaftliche Gruppen. Was die Modernisierungstheorie ablehnt, sind Entwicklungsstopp und Umverteilungskämpfe in einem Nullsummenspiel. Modernisierung bedeutet Wachstum von Optionen. Gleichheit wird als Ausbau von Grundrechten verstanden. Jenseits der Grundrechte gilt es, Innovationschancen offenzuhalten, nicht zuletzt dafür, um selbstzerstörerische Entwicklungen auszusondern.

6. Es wird anerkannt, daß die "ökologische Frage" eine neue und weitgehend selbstproduzierte Herausforderung für moderne Gesellschaften darstellt. Keine anderen außer den modernen Gesellschaften haben bisher jedoch nachhaltige Erfolge bei der Regulierung von Umweltproblemen erzielt.³³ Sie allein scheinen in der Lage zu sein, durch Innovationen in ihren Institutionen die ökologische Frage so zu bearbeiten wie die "soziale Frage" in früheren Jahrzehnten erfolgreich bearbeitet worden ist. Eine ökologische Marktwirtschaft kann dabei durchaus mehr als eine Parteiparole, nämlich eine neue Entwicklungsrichtung, sein.

7. Staaten- und Nationenbildung waren eine zentrale Etappe der westlichen Modernisierung und spielen in den heutigen Transformationsprozessen eine unerwartete Hauptrolle, nachdem bereits der Übergang zu supranationalen Strukturen bevorzuzustehen schien. Was E. Tiryakian "Neo-modernization" oder Modernization II nennt, setzt im wesentlichen auf die transnationale Weiterentwicklung der modernen Basisinstitutionen.³⁴ Diese Entwicklung mag sich durch die gegenwärtigen Transformationsaufgaben verzögern; sie kann den Nationalstaat als Umverteilungsagentur offenbar nicht entbehren. Kritiker befürchten sogar den Rückfall von einem "Europa ohne Grenzen" zu einer

"Festung Europa". Die Transnationalisierung wird dennoch eine weitere neue Entwicklungsrichtung sein.

8. Schließlich die Wohlstands- oder Überflußgesellschaft. Sie war und ist, so behaupte ich, der entscheidende Legitimationsmechanismus moderner Gesellschaften: Massenkonsum und Wohlfahrtsstaat. Die Transformationsgesellschaften müssen ihren Bevölkerungen den Massenkonsum ermöglichen, und sie brauchen hierzu wohlfahrtsstaatliche Absicherungen. Wenn sie dies nicht erreichen, werden sie scheitern. "Verzeitlichung" ist dabei zumutbar, und schrittweise Teilerfolge sind realistischerweise das Maximum dessen, was wir erwarten können. Aber Konsumverzicht ist - selbst in China - so wenig mehr legitimierbar wie die andauernde Vorenthaltung politischer Beteiligungsrechte. Dennoch wird es die Überflußgesellschaft im Weltmaßstab nicht geben können. Diese wäre eine Paradies-Vorstellung; hier gibt es klare Wachstumsgrenzen. Wir müssen uns also nach den Aufholprozessen der Transformationsgesellschaften weiterhin eine ungleiche Welt vorstellen, in der es im Süden zunächst um die elementaren Grundsicherungen und Grundrechte geht, während der Norden Wege zu einem intelligenteren Konsum und zu einem stärker parzipatorischen Wohlfahrtsstaat finden muß. Auch dies bezeichnet künftige Entwicklungslinien. Wie es in hundert Jahren aussehen wird, wissen wir nicht.

IV

Die Rückwirkungen der Transformationsprozesse in der ehemaligen DDR (und auch in Osteuropa) auf die alte Bundesrepublik sind ein eigenes Thema, das ich hier nicht behandeln kann. Drei kurze Bemerkungen sind aber zum Schluß doch angebracht. Erstens sind rasche Veränderungen in Westdeutschland als Folge der Veränderungen im Osten ebenso ausgeblieben wie das rasche Wirtschaftswunder im Osten. Aus Sicht der Modernisierungstheorie waren bei gegebener westlicher "Dominanz" solche raschen Veränderungen auch nicht zu erwarten. Dennoch ist die Abschottung frappierend, die sich in weiten Kreisen Westdeutschlands gegenüber den neuen Gegebenheiten zeigt, und sie ist wohl ebenso eine "nachholende Abstandnahme", wie sie aus dem Osten berichtet wird. Zweitens werden die Westdeutschen von Veränderungen bald eingeholt werden, selbst wenn ihre Lebensstile zunächst unbeeinflusst scheinen. Dies insbesondere durch die Möglichkeit, daß die Politik durch die Lage in den neuen Bundesländern entscheidend beeinflusst wird, nicht zuletzt die nächsten Bundestagswahlen. Aber auch durch die unvermeidbaren Wohlstandseinbußen, Abgabenlasten und Störungen der gewohnten Selbstverständlichkeiten. Drittens werden auch die westdeutschen

Bürger spüren, daß ihre modernen Institutionen vor ihrer schwersten Belastungsprobe stehen. Modernisierung wird heute gern als die Ausbreitung der "Zivilgesellschaft" charakterisiert. Dies ist für Osteuropa richtig, aber wir werden für die nächsten Jahre mindestens übergangsweise ein zunehmendes Gewicht von Staat und Verwaltung akzeptieren müssen, damit die Voraussetzungen der "Zivilgesellschaft" allererst geschaffen werden können.

Anmerkungen

1. Ich greife hier die Situation in der ehemaligen DDR und die soziologische Theorie der Modernisierung in neuer Form, auf dem Stand vom Frühjahr 1992, wieder auf, die ich in anderer Weise in meinem Eröffnungsvortrag zum Frankfurter Soziologentag im Oktober 1990 (vgl. Anm. 23) diskutiert hatte. Außerdem habe ich zum Transformationsproblem veröffentlicht: "Die DDR 1989/1990 - Zusammenbruch einer Sozialstruktur?", Berliner Journal für Soziologie, 1 (1991), Heft 2, S. 147-155.
2. Vgl. Statistisches Bundesamt, Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern, 2/1992, S. 88; ders., Mitteilungen für die Presse 376/91. Für Januar bis Juli 1991 betrug der Geburtenrückgang 40%, der Rückgang der Eheschließungen gar 57%. Gegen Ende des Jahres 1991 waren diese Rückgänge dann selbst wieder rückläufig.
3. Michael Häder/ Brigitte Hausstein, "Auflehnung, Anpassung oder Resignation? - Ergebnisse zweier sozialwissenschaftlicher Studien", Umbruch: Beiträge zur sozialen Transformation, SFZ Berlin-Brandenburg, Nr. 1 (1992), S. 28-54.
4. Michael Häder/ Brigitte Hausstein, a.a.O., S. 35.
5. "Ein Jahr danach", Projekt "Sozialstruktur und Lebensqualität", in: Sozialismus 2/92, S. 4-8.
6. "Einkommensentwicklung der privaten Haushalte in Ostdeutschland", DIW-Wochenbericht 4/92, S. 35-40. Ausführlicher in Bruce Headey/ Peter Krause/ Roland Habich, "East Germany: Incomes, Inequality and the Impact of Redistributive Government 1990-1991", DIW/WZB, Manuskript 1992.
7. Vgl. Globus-Kartendienst, "Rentner mit dem größten Plus", Oa-9113, 26.8.1991; Werte für Oktober 1991 geschätzt.
8. Detlef Landua, Das Jahr danach: Zum Transformationsprozeß Ostdeutschlands und seiner Bewertung aus der Sicht der Betroffenen, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung, Papers P 92-102, 1992.
9. Vgl. meine eigene Einschätzung in: "Die Sprengkraft der doppelten Identität", in: Wochenzeitung Das Parlament, Nr. 49/1990, S. 17.
10. Vgl. Albert O. Hirschman, "The Changing Tolerance for Income Inequality in the Course of Economic Development", in: Essays in Trespassing, Cambridge 1981, S. 39-58. Albert Hirschman hat im April 1991 in einem Vortrag am Wissenschaftszentrum einige andere Theoreme seiner Entwicklungsökonomie auf die Umbrüche in Ostdeutschland angewendet, so das "Exit/Voice-Paradigma" und das Prinzip der "Hiding Hand", d.h. des Umstandes, daß Menschen Probleme anpacken, weil sie *nicht* wissen, wie schwierig und langwierig die Lösung sein wird.
11. Vgl. Claus Offe, "Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa", Merkur, Heft 4/1991, S. 279-292.

12. Vgl. Michael Thomas, "Wenn es konkret wird: Hat marxistische Klassentheorie Chancen in der modernen Unübersichtlichkeit?", in Wolfgang Zapf (Hrsg.), *Die Modernisierung moderner Gesellschaften*, 25. Deutscher Soziologentag, Campus: Frankfurt 1991, S. 395-406.
13. Wolfgang Kühnel/ Carola Sallmon-Metzner, "Protestkulturen und Protestdiskurse im Wandel der DDR-Gesellschaft", *Berliner Journal für Soziologie*, 1(1991), Heft 3, S. 369-382.
14. Thomas Hanf, "Modernisierung der Gesellschaft als sozialstrukturelles Problem", *Berliner Journal für Soziologie* 1(1991), Sonderheft, S. 73-82.
15. Vgl. Detlef Pollack, "Von der Organisationsgesellschaft zur Risikogesellschaft", *Berliner Journal für Soziologie* 1(1991), Heft 3, S. 451-455.
16. Frank Adler, "Einige Grundzüge der Sozialstruktur der DDR", in Gert Wagner (Hrsg.), *Lebenslagen im Wandel - Basisdaten und -analysen zur Entwicklung in Ostdeutschland*, Campus: Frankfurt 1991, S. 152-177.
17. Peter Pawlowski/ Michael Schlese, "Das Transformationsdilemma. Zum gesellschaftlichen Wandel im Osten Deutschlands", Manuskript 1991.
18. Peter Pawlowski/ Michael Schlese/ Florian Schramm, "Das Transferparadox. Zum Szenario des gesellschaftlichen Wandels in Ostdeutschland" Forschungsstelle Sozialökonomik der Arbeit, Freie Universität Berlin, FSA-Print 3/1992.
19. Thomas Gensicke, "Vom Pessimismus zum Optimismus und vom 'konservativen' Protest zur Selbständigkeit", Manuskript 1991.
20. Florian Schramm/ Michael Schlese, "Die Deutschen - '... ein einzig Volk von Brüdern' und Schwestern?", Forschungsstelle Sozialökonomik der Arbeit, Freie Universität Berlin, FSA-Print 8/1991.
21. Wolfgang Engler, "Stellungen, Stellungnahmen, Legenden: Ein ostdeutscher Erinnerungsversuch", in Rainer Deppe u.a., *Demokratischer Umbruch in Osteuropa*, Suhrkamp: Frankfurt 1990, S. 48-75.
22. Katrin Gillwald, "Hoffnungsträger Ost: Entwicklungsperspektiven neuer deutscher Bundesländer aus der Sicht von Führungskräften aus dem Berliner Umland", Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung, Papers P 92-103, 1992.
23. Vgl. Wolfgang Zapf, "Modernisierung und Modernisierungstheorien", in: ders. (Hrsg.), *Die Modernisierung moderner Gesellschaften*, Campus: Frankfurt 1991, S. 23-39; in modifizierter Form: "Der Untergang der DDR und die soziologische Theorie der Modernisierung", in Bernd Giesen/ Claus Leggewie, *Experiment Vereinigung*, Rotbuch: Berlin 1991, S. 38-51.
24. Vgl. Karl Otto Hondrich, "Systemveränderung sozialistischer Gesellschaften - eine Herausforderung für die soziologische Theorie", in: Wolfgang Zapf (Hrsg.), *Die Modernisierung ...*, a.a.O., S. 553-557.
25. Francis Fukuyama diskutiert diese Frage und kommt zu einem anderen Ergebnis. Er sieht im islamischen Fundamentalismus keine Konkurrenz zu den liberalen Demokratien, weil dieser außerhalb des islamischen Kulturkreises, dessen

- Bedrohung er artikuliert, keinerlei Anziehungskraft aufweist. Vgl. Francis Fukuyama, *Das Ende der Geschichte*, Kindler: München 1992, S. 83.
26. Vgl. Jürgen Habermas, *Die nachholende Revolution*, Suhrkamp: Frankfurt 1990, insbes. S. 179-204.
 27. Ulrich Beck, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Suhrkamp: Frankfurt 1986; ders., "Risikogesellschaft. Überlebensfragen, Sozialstruktur und ökologische Aufklärung", in: Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*, B 36/89, Bonn 1989, S. 3-13; ders., "Der Konflikt der zwei Modernen", in: Wolfgang Zapf (Hrsg.), *Die Modernisierung ...*, a.a.O., S. 40-53.
 28. Hans Peter Krüger, "Zur Differenz zwischen kapitalistischer und moderner Gesellschaft", *Zeitschrift für Philosophie* 38 (1990), S. 202-217.
 29. Dieter Klein, "Doppelte Modernisierung im Osten. Illusion oder Option der Geschichte", in: Michael Brie/ Dieter Klein (Hrsg.), *Umbruch zur Moderne*, Hamburg 1991, S. 9-34.
 30. Dieter Klein, a.a.O., S. 16.
 31. Vgl. hierzu das von Ken'ichi Tominaga herausgegebene Heft 3/191 der *International Review of Sociology*, insbes. seinen eigenen Beitrag: "A Theory of Modernization and Social Change of the Non-Western Societies: Toward a Generalization from Japan's Experiences", S. 95-120.
 32. Uwe Schimank, "Die zwiespältige Moderne. Anmerkungen zu den Eröffnungsvorträgen des Frankfurter Soziologentages 1990", *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 43 (1991), Heft 1, S. 193-196.
 33. Vgl. hierzu Francis Fukuyama, *Das Ende der Geschichte*, a.a.O., S. 131f., 167f.
 34. Edward A. Tiryakian, "Modernization: Exhumetur in Pace (Rethinking Macrosociology in the 1990s)", *International Sociology* 6 (1991), Nr. 2, S. 165-180.